

Einladung zur 43. WR-Bildungswerkstatt:

1. Teil:

Wann: **Freitag, 31. Mai 2024, 19.00 – 21.30 Uhr**

Wo: Alpwirtschaft Vorderer Schmiedenmatten

Schmiedenmattstrasse 44, 4539 Farnern
(oberhalb Wiedlisbach/Welschenrohr/Herbetswil)

Wer: Mitglieder und Interessierte der WRB

2. Teil:

Wann: **Samstag, 8. Juni 2024, 10.00 – 14.00 Uhr (inkl. Essen)**

Wo: Alpwirtschaft Vorderer Schmiedenmatten

Wer: Mitglieder und Interessierte der WRB

Thema der 43. WR-Bildungswerkstätte

2. Teil zur Entwicklung unseres Demokratie-Reform-Programms

**Wie überwinden wir die Degenerationserscheinungen der Demokratie? Wie verhindern wir die "Demokratiedämmerung"?
Wie sieht unsere "Demokratisierung der Demokratie" aus?**

Liebe Genossinnen und Genossen,

Nachdem alle Restaurants auf dem Balmberg geschlossen sind, ziehen wir ein klein wenig nordostwärts ins Restaurant auf der Vorderen Schmittmatt, wo wir uns schon zu Corona-Zeiten einmal getroffen haben.

Da es nur zu Fuss, E-Bike oder Auto gut zu erreichen ist, bitte ich alle Fussschwachen, Velo- und Autolosen sich mit den AutomobilistInnen unter uns zum Taxidienst abzusprechen.

Inhaltlich machen wir wie an der letzten WRBW vereinbart mit unserer grossen Demokratie-Debatte weiter. Immer noch auf der Grundlage der beiden Bücher "Zerfallserscheinungen der Demokratie" (von

Calhoun, Gaonkar und Taylor; stw 2024) und "Demokratiedämmerung" von Veith Selk (stw/2023).

Die Einleitung (Papier von Markus, Beilage) sowie das erste Kapitel zu den Zerfallerscheinungen der Demokratie (Papiere von Stefan und Petra) haben wir an der letzten WRBW bereits diskutiert. Nachdem wir unsere eigene "Liste der Demokratie-Degeneration" erstellt haben (liegt ebenso bei), der wir dann am Samstag, dem 8.6., inspiriert von der Lektüre und den Diskussionen unser Programm zur Regeneration der Demokratie gegenüberstellen wollen.

Am kommenden Freitag geht es weiter mit:

- der Zusammenfassung der Widersprüche und Doppelbewegungen (I) von Christoph (Papier liegt bei)
- der Fortsetzung in der Zusammenfassung von Andi (liegt ebenso bei)
- der Zusammenfassung von Kapitel 3 zu den Kompromissen mit dem Kapitalismus durch Ilse (liegt ebenso bei)
- der Zusammenfassung von Kapitel 5 zum Demos von Georg Hasenfratz (liegt ebenso bei)

Das definitive Programm für den Samstag werden wir dann am Freitag gemeinsam festlegen.

Ich denke, wir haben so die Grundlagen für eine fruchtbare Diskussion gelegt und freue mich auf unseren Austausch auf den Jurahöhen zwischen den Kantonen SO und BE !

Bis dann mit herzlichen Grüßen

andi gross

Texte und Zusammenfassungen:

WRBW 42/Grenchen/23.3.24

Calhoun/Gaonkar/Taylor

„Zerfallerscheinungen der Demokratie“

2.Kap. Widersprüche und Doppelbewegungen

S.111 – 145 (2.Teil; nach Christoph's Zusammenfassung)

Von Andi Gross

- **John Dewey: Demokratie muss ein Bildungsprozess sein. BürgerInnen werden durch ihre Beteiligung gebildet. (p.110)**
- „Die Zeitungen machen die Vereinigungen und diese die Zeitungen“ (Tocqueville)
- Die Medien schaffen keine „lehrreiche, informative öffentliche Debatte“ mehr.
- „Die Teilnahme am öffentlichen Leben kann den Bürgern einen erweiterten Blick auf das verschaffen, was möglich und wünschenswert ist; sie kann unsere Bewertungsmassstäbe verändern. Ein besseres Verständnis des Gemeinwohls kann sogar mit einem besseren Verständnis von uns selbst verbunden sein.“ (112)
- „Alles der politischen Kontrolle oder Beurteilung zu unterwerfen ist ein ebenso grundlegendes Merkmal des Totalitarismus wie die Unterdrückung politisch Andersdenkender. Beides sind tödliche Feinde der Demokratie.“ (114)
- „Neue Technologien haben die Infrastruktur und die Kommunikation seit Jahrhunderten verändert..... Neue Medien veränderten die Struktur des Lebens grundlegend. Sie trugen zum Entstehen einer urbanen Gesellschaft bei, aber auch dazu, dass selbst die entlegensten ländlichen Gebiete in die grossen Informationsflüsse eingebunden werden.... Die jüngste Welle neuer Technologien .. hat viel mehr Menschen in die Lage versetzt, ‚Absender‘ von Nachrichten zu sein, die potenziell über grosse Entfernungen und von grossen Bevölkerungsgruppen empfangen werden können, aber auch dadurch, dass sie die Öffentlichkeit fragmentierten.“ (115)
- Das späte 19.Jh. war in vielerlei Hinsicht ein Vorgriff auf unsere heutige Zeit. Twain sprach vom „vergoldeten Zeitalter“ und spottete über die grassierende Gier und Korruption. Die Ungleichheit war extrem. Niedergang der ländlichen Regionen, Aufstieg der Industriestädte.. in USA, F, UK, F baute eines der stärksten Sozialsysteme der Welt auf, landwirtschaftlichen Wohlstand (bis ca. 1970) (120)
- Bei dieser Geschichte geht es nicht nur um die Landwirtschaft, sondern auch drum, dass die sozialen Voraussetzungen für die Demokratie empfindlich gestört werden. (122)
- Die zunehmende Integration in grossem Massstab hat die ortsgebundenen, lokalen Gemeinschaften untergraben. Sie hat es den Arbeitgebern ermöglicht, die Gewerkschaften zu schwächen, in dem sie die Konkurrenz unter den Arbeitnehmern verschärft

haben.... (123) Genau die Systeme, die die Nationalstaaten mit der Weltwirtschaft verbanden, zogen die Nationalstaaten im Innern auseinander. (123)

- Der Ökonom, Historiker und Anthropologe Karl Polyani erkannte ein ähnliches Spannungsverhältnis zwischen Lokalität und grossräumiger Organisation in der Industriellen Revolution. Er beschrieb dies als einen Prozess der ‚Einbettung‘. In früheren Gesellschaftsformationen waren die Marktakteure auf vielfältige Weise miteinander verbunden... (124)
- Die Demografie der USA wurde zugunsten von Städten und Vorstädten neu geordnet. Doch so sehr die Mobilität neue Möglichkeiten eröffnete, so sehr erschwerte sie den Aufbau enger Gemeinschaften. Das Umziehen selbst bedeutete eine Entbettung. (126)
- Weder der Kauf von Konsumgütern noch der Verkauf der Arbeitskraft an Unternehmer ist wirklich mit einer Abstimmung über den besten Ansatz für das Gemeinwohl vergleichbar. (132)
- Märkte haben in modernen Gesellschaften einen enormen Beitrag sowohl zur Schaffung als auch zur Verteilung von Wohlstand geschaffen, Aber sie sind nicht nur neutrale Aggregatoren individueller Entscheidungen. Märkte sind gesellschaftlich organisierte Systeme, die nicht nur durch Ungleichheit, sondern auch durch die Ausübung von Macht geprägt. Sie werden durch staatliche Massnahmen gefördert... (133)
- Die zunehmend distanzierte, systematische Organisation des gesellschaftlichen Lebens trägt dazu bei, dass die Bürger das Gefühl haben, nicht genügend wirkmächtig zu sein. Es ist nicht nur so, dass ihr politischer Einfluss im Vergleich zu Geld und Macht eines Unternehmens mickrig erscheint. Es hat auch damit zu tun, dass weit entfernte systemische Faktoren immer wieder ins lokale Leben eingreifen.... (133)
- Der Staat ist unpersönlicher und distanzierter geworden. Gesetzgebung und Regulierung enorm komplex (134)
- Die lange Geschichte kumulativer Veränderungen hat zu einem Grad an Zentralisierung und Distanz geführt, den niemand bewusst gewählt hat. (134)
- In modernen Demokratien kennen sich die Bürger nicht direkt, ausser in ihrem Sprengel oder über medial vermittelte Bilder. Millionen von Bürgern miteinander in Verbindung zu halten ist eine grundlegende Herausforderung sowohl für die Demokratie als auch für den Republikanismus. Und wie Abraham Lincoln sagte, ist es genauso wichtig, die ‚Verbundenheit des Volkes‘ mit seiner Regierung und ihren Gesetzen aufrechtzuerhalten. (135)
- Es ist für den Bürger zudem schwieriger, die positiven Ergebnisse ihres öffentlichen Engagements wahrzunehmen. (135)
- Die materiellen Ressourcen ermöglichen es der Mittel- und Oberschicht, den Problemen zu entgehen, die (das Leben) ihrer Mitbürger erschweren. Die meisten Bürger sind viel stärker als die Wohlhabenden auf eine Kombination aus lokaler, gemeinschaftlicher Unterstützung und öffentlichen Einrichtungen angewiesen. Es ist nicht so, dass sie nicht mobil wären.... Aber ihre Mobilität ist weniger gut abgedeckt. „Klassenbewusstsein der Vielflieger“... gegenüber „Flyover Country“ (135/136)
- Kumulation von „disruptiven Ereignissen“. Der Klimawandel kann ihre Häufigkeit und Heftigkeit steigern. Aber die unerbittlichste Triebkraft für Disruptionen bleibt der

Kapitalismus mit seinem Wachstums. Und Innovationszwang und seiner Tendenz zu Krisen..... für die meisten Bürger ist Sicherheit ein überragender Wert und schwer zu erreichen. (137)

- Ludditen, 1811, Maschinenstürmer, Uster 1830: Widerstand gegen existenzbedrohende Neuerungen/Disruptionen Keynes wollte sagen, dass die Vernachlässigung von gegenwärtigem Leid niemals durch eine eventuelle wirtschaftliche Erholung oder gar Verbesserung in einer unbestimmten Zukunft zu rechtfertigen ist. (139)
- Eisenbahnen waren disruptiv, Städte und Gemeinden mit ahnhöfen hatten enorme Vorteile..., „Tod durch Verdieselung“: Züge hielten nicht mehr in einst florierenden Gemeinden und Kleinstädten neue Technologien führten zu Arbeitslosigkeit.... maximal Minimalhilfen für die Leidtragenden, damit diese sich neuer, schlechter entlöhnten Arbeiten nicht verweigern konnten (Clinton 1995) (141)
- Zu den Kosten der Disruption gehört der Verlust der impliziten sozialen Sicherungssysteme, die lokale Gemeinschaften bieten. (Polanyi, Great Transformation)(141)
- Ausmass und Tempo des Sozialen Wandels.... „Engels-Pause“ als optimaler Moment für eine „Revolution“... (142)
- Die Reaktionen auf die Disruption waren chaotisch und ergebnisoffen. Die Möglichkeiten reichten vom Schrecklichen – etwa dem Faschismus. Bis zum Vielversprechenden – beispielsweise der Sozialdemokratie. Der Kampf für die Demokratie war mit dem Kampf für den Aufbau neuer Gesellschaftsformen verbunden. (144)
- Die relative Stabilität der Nachkriegszeit – *les trente glorieuses* – erlebte Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre ihrerseits eine Disruption. Erneut vollzog sich in Industrie und Infrastruktur ein rasanter Wandel... Energiekrisen, Globalisierung, neue Technologien, Überinvestitionen in alte Produktionsweisen..... mehr als eine Transformation, viele Doppel- (und Mehrfach-)bewegungen disruptiver Art (145)
- **Die Demokratie kann zerfallen, sie kann aber auch erneuert werden. (145)**

WRBW 42/Grenchen/15.3.24

Einstieg zur Demokratie-Debatte

Vor Beginn der Lektüre und Diskussion der Zeitungsartikel und Bücher zur „Degression“ und „Dämmerung“ der Demokratie machten wir unter den 11 Teilnehmenden eine spontane Sammlung von von uns erkannten und beobachteten

Degenerationserscheinungen der Demokratie:

- Extreme Personalisierung der politischen Diskussion; Bürger werden zu Fans und Politiker zu Idolen; Personen beherrschen die Inhalte...
- Ausserhalb der Schweiz wird die Demokratie auf die indirekte Demokratie reduziert; jenseits der Wahlen gibt es keine Mitwirkungsmöglichkeiten;
- Geht nur noch um Machterhaltung und Machtausbau, nicht um die beste Lösung von Problemen.
- Verarmung und Verdünnung der Medien; es fehlt immer mehr an Substanz, Vertiefung und Pluralität.
- Erosion der Öffentlichkeit; sie vermag immer weniger BürgerInnen zusammen zu bringen, sie bricht auseinander, jede/r sucht vor allem seinen eigenen Echoraum, lässt sich ständig bestätigen und nicht mehr von anderen Meinungen herausfordern.
- Service(s) public(s) geht verloren, wird immer schwächer, der Staat zieht sich zu sehr zurück, bezw. wird dazu über Budgetreduktionen, Steuerabbau, gezwungen...
- Lobbies und privilegierte Interessensgruppen/verbände werden im Parlament immer stärker, «kaufen» sich unterdotierte Parlamentarier, prägen die Gesetzgebung.
- Das schweizerische Parlament ist bezüglich Ressourcen und Eigenständigkeit zu schwach dotiert und lässt sich von den ökonomischen Sonderinteressen kolonialisieren.
- Auch die Parteien, von denen in der Schweiz besonders viel verlangt wird, werden zu wenig unterstützt durch öffentliche Mittel; auch sie hängen zu sehr von befreundeten Verbänden ab.
- Ungenügende Selektion des politischen Personals; «die Besten» gehen gar nicht mehr in eine Partei und werden somit auch nicht KandidatInnen fürs Parlament.
- Die Diskrepanzen zwischen den WählerInnen und den Gewählten werden immer grösser; entsprechend fühlen sich erstere immer schlechter repräsentiert.
- Die Demokratie wird entmachtet im gleichen Ausmass, wie der Staat an Autonomie Verloren hat gegenüber den transnationalen Märkten und der Wirtschaftsmacht.
- Vor allem die Vermögen sind in der Schweiz sehr ungleich verteilt; weniger haben immer mehr, viele immer weniger; die «Gleichheit» der BürgerInnen wird immer mehr zur Fiktion; Vermögende haben viel mehr Einfluss auf die Gesetzgebung und nutzen dies zum eigenen Vorteil, so dass die Ungleichheiten weiter zunehmen.
- Die ökonomischen Logiken verdrängen die politischen Werte und Denkweisen; der homo oeconomicus scheint zu dominieren; Gemeinwohl und Solidarität kommen zu kurz.

- Die Gesellschaft atomisiert sich; BürgerInnen vereinzeln; es fehlen die Gemeinschaften, welche politisch tragen und die Quellen demokratischer Ideen und des demokratischen Engagements sind.
- Wir haben bloss eine «Sonntags-Demokratie» (W.Ritschard); im Alltag und vor allem am Arbeitsplatz wird sie von vielen total vermisst.
- Wer sich im Arbeitsalltag beherrscht, fremdbestimmt und ausgeliefert fühlt, kann nach Feierabend und am Sonntag nur schwer ein Demokrat sein, bzw. werden.
- Viele Lohnabhängige fühlen sich zu müde und erschöpft, um auch noch Demokrat zu werden; es fehlt ihnen die Zeit, um sich zu informieren, sich zu organisieren und zu handeln.
- Wir wissen nicht mehr, was stimmt und richtig ist. Die Suche nach der Wahrheit überfordert viele; sie kapitulieren eher, finden sich ab mit dem eigenen Nichtwissen und verzichten auf die Mitwirkung, weil sie das Vertrauen in andere und vor allem in die politischen Institutionen und Akteure verloren haben.

.....

.....

AG/22.3.24

Christoph Ditzler:

Kapitel 2: Widersprüche und Doppelbewegungen (1. Teil 78-110)

Craig Cylhoun

- Demokratie ist ein Projekt – kein Zustand – immer Work in progress. (p. 78).
- Wenn Erneuerung und Weiterentwicklung ins Stocken geraten, zerfällt die Demokratie.
 1. Weil sie durch Ideale definiert wird, die sich niemals vollständig und endgültig verwirklichen lassen. Telisches Konzept → zielt auf eine (permanente) Zustandsveränderung. (p. 78).
 2. Demokratien werden im Rahmen spezifischer historischer Kontexte aufgebaut. Sie sind geprägt von der Vorgeschichte. Sie müssen deshalb immer wieder die Institutionen reformieren und sich mit Widersprüchen auseinandersetzen. (p. 78/79).
 3. Demokratie hängt von gesellschaftlichen Grundlagen ab. Freiheit, Gleichberechtigung und Vernetzung unter den Bürgern ist Bedingung, weil die Fähigkeit/Möglichkeit sich an der Politik zu beteiligen, hängt von Ressourcen und Beziehungen ab. Ausserdem: Die Bürger sind durch die Kultur sowohl geeint als auch geteilt. (p. 79).
- Umformung und Gestaltung der Demokratien als Fragestellung. (p. 79).

Republik mit unvollständiger Demokratie. (p. 80).

- Die meisten Demokratien sind als Republiken konstituiert. (p. 80).
- Elemente:
 - Verfassung als Basis der Rechtsstaatlichkeit → Begrenzung individueller Macht.
 - Bürokratie checked und balanced ebenfalls Macht.
 - Öffentliche Debatte aufgrund freier Presse, öffentliche Bildung, Transparenz in der Regierung.
 - Tugendhaftigkeit der Bürger: Ehrlichkeit, Ablehnung von Korruption, Einsatz für das öffentliche Wohl. (p. 80/81).
- In den USA bestimmt die Verfassung die Ausgestaltung der Gesetze und politischen Institutionen. Nicht aber die sozialen Verhältnisse, die für den Erfolg und das Überleben einer Republik (CD: Demokratie?) ebenfalls grundlegend waren. Das tat die Französische Revolution. Also: Gleichheit, Freiheit und Solidarität (Liberté, Égalité, Fraternité). (p. 82).
- Philip Pettit: Freiheit in der Republik bedeutet Nichteinmischung als negative Freiheit. Republikanisches Denken versucht, die Freiheit mit Tugend, bürgerlicher Beteiligung und dem Streben nach Gemeinwohl zu verbinden. (p. 83).
- Ermächtigung der Bürger setzt Freiheit von Einmischung und Beherrschung voraus. (Negative Freiheit). Sie erfordert auch die Fähigkeit, frei gewählte Güter (Lebensmöglichkeiten) zu verfolgen. (Positive Freiheit). (p. 84)..

- [Diskussion der amerikanischen Verfassung: Widersprüche zwischen den Idealen und der Realität, z B. dass die Sklaverei Rassismus voraussetzt, der eigentlich gegen das Gleichheitsideal verstösst.] (pp. 84-87).
- Trotzdem: «Doch Widersprüche sind keine »fatalen Fehler« und bedeuten nicht, dass es keine Verbesserungen in der Qualität und im Ausmass der Demokratie geben kann». (p. 87).
 - Umgang mit Widersprüchen als Herausforderung: z. B. ungleiche Löhne für Mann und Frau. Doch der Weg zur Verbesserung ist selten geradlinig. (p. 87). Um sie zu ändern, muss die gesamte Beziehungsstruktur geändert werden und erfordert persönliche Beiträge. «Die Überwindung von Widersprüchen erfordert ... tiefgreifende strukturelle Veränderungen, woraus eine Gesellschaftsordnung entsteht, die nicht mehr durch einen Antagonismus zwischen den sie bestimmenden inneren Merkmalen geprägt ist. (p. 88). [CD: Ein solches Beseitigen von Antagonismen war wohl fast immer ein Nachvollzug auf der Ebene der Institutionen, als ein Vorausgehen von Verfassung und staatlichen Strukturen: Die antiautoritären 68er als Beispiel].

Frage: Was wären Beispiele für die Schweiz? Finanzwirtschaft als Off-shore vs. international integrierte Industrie?

Zwei Schritte vorwärts, einer zurück. (p. 90).

- Der Satz von Abraham Lincoln: Der [amerikanische] Bürgerkrieg selbst, sei auf den gravierendsten Zerfall gefolgt, den die amerikanische Demokratie erlebt habe. Dennoch ... bedeutete sein erfolgreicher Abschluss, dass «die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk, nicht von der Erde verschwinden müsse». (p. 91).

[The real] Gettysburg Speech 19. November 1863: «... It is rather for us to be here dedicated to the great task remaining before us-that from these honored dead we take increased devotion to that cause for which they gave the last full measure of devotion-that we here highly resolve that these dead shall not have died in vain-that this nation, under God, shall have a new birth of freedom-and that government of the people, by the people, for the people shall not perish from the earth.»

Ohne das Wort Demokratie! (Fussnote 19, p. 91).

- «Ebenso wenig war der Fortschritt hin zu mehr Demokratie stets garantiert». (p. 91). «Die Kämpfe um die Verwirklichung der Ideale von Lincoln oder der amerikanischen Gründerväter, von Freiheit, Gleichheit und Solidarität oder des Traums von Martin Luther King mussten von Anfang an mit Grenzen und Widersprüchen, ... zurechtkommen. Aber die demokratischen Fortschritte hingen auch von ebendieser republikanischen Verfassung mit ihren Auslegungs- und Änderungsverfahren ab. Nicht zuletzt haben die von der Verfassung geschützten Rechte die Bürger gestärkt. Aber auch die Art und Weise, wie das soziale und wirtschaftliche Leben organisiert ist, das Ausmass, in dem sich die Bürger aufeinander verlassen können, und die Institutionen, die geschaffen wurden, um sowohl ihr individuelles als auch ihr kollektives Leben zu unterstützen, tragen zur Ermächtigung bei». (p. 93).
- Fortschritte werden vor allem durch Kämpfe in sozialen Bewegungen erzielt. (p. 94). [CD: Dabei muss der Ausgang von Wahlen und Abstimmungen immer offenbleiben. Siehe dazu Project2025 der US «The Heritage Foundation»: «In 2023, the game has changed. The long march of cultural Marxism through our institutions has come to pass. The federal government is a behemoth, weaponized against American citizens and conservative values, with freedom and liberty under siege as never before. The task at hand to reverse this tide and restore our Republic to its original moorings is too great for any one conservative policy shop to spearhead. It requires the collective action of our movement. With the quickening approach of January 2025, we have two years and one chance to get it right» (Im Jahr 2023 hat sich das Spiel geändert. Der lange Marsch des kulturellen Marxismus durch unsere Institutionen ist vollzogen. Die Bundesregierung ist ein Ungetüm, bewaffnet gegen amerikanische Bürger und konservative Werte, mit Freedom (negativer Freiheit) und Liberty (positiver Freiheit) unter Belagerung wie nie zuvor. Die Aufgabe, die vor uns liegt, um diese Flut umzukehren und unsere Republik wieder auf ihre ursprüngliche Grundlage zu stellen, ist zu gross, als dass eine einzige konservative Organisation sie anführen könnte. Sie erfordert das gemeinsame Handeln unserer Bewegung. Da der Januar 2025 immer näher rückt, haben wir zwei Jahre und eine Chance, es richtig zu machen)].
- «Gewinnen in einer Dimension stehen Verluste in einer anderen gegenüber. Allgemeiner ausgedrückt: Die Mechanismen, die der Fortschritt in einigen Dimensionen ermöglichen, blockieren oft den Fortschritt oder führen sogar zu Rückschritten in anderen Dimensionen». (p. 95). (CD: Equality and Efficiency: The Big Tradeoff. Arthur Okun, 1975).

Das Volk, die Öffentlichkeit und das Gemeinwohl. (p. 97).

- Die amerikanische Verfassung bezieht sich vor allem auf die People, verstanden als Körperschaft. (p. 98).
- Dimensionen des Zusammenhalts: Kultur, Ethnie, Lebensweise, Zusammenhalt in gesellschaftlichen Netzwerken und Institutionen, Unterwerfung unter äussere Herrschaft. (p. 98).
- «Der Republikanismus betont jedoch eine zusätzliche Dimension: die wechselseitige Beteiligung an der öffentlichen Vernunft und Willensbildung». (p. 98).

- In den USA ist die Sicherung der Bürgerrechte zentral: Leben, Freiheit, Streben nach Glück. Die Sicherung ist Aufgabe des Staats als des Einzelnen. (p. 99).
 - Was ist Gemeinwohl?
 - Gemeinwohl als öffentliches Gute ist nicht, was die Mehrheit will. Es ist mehr. Vier Unterscheidungsmerkmale:
 - 1) Langfristigkeit (Vorschlag CD: Sicherung der Lebensgrundlagen)
 - 2) Verteilung der Güter
 - 3) Integration verschiedener Gemeinschaften (z. B.: Religionsgemeinschaften)
 - 4) Gemeinsame moralische Normen (z. B.: Ablehnung von Korruption)
 - Die öffentliche Vernunft bestimmt das Gemeinwohl inhaltlich und den Weg dazu → Solidarität als Voraussetzung. (p. 99/100).
 - Solidarität gründet aber nicht alleine auf Vernunft: Notwendigkeit einer kommunikativen Beteiligung / Volkszugehörigkeit (demos). (p. 99/100).
 - Keine Behauptung der Gleichheit in der Unabhängigkeitserklärung. Politische Identität erfordert keine kulturelle Einheitlichkeit oder auch nur einen gemeinsamen Nenner wie die Sprache. (CD: Ich kann mich nur in der deutschen Schriftsprache wirklich präzise ausdrücken! Habe ich eine Bringschuld?). Keine Einmütigkeit notwendig. (p. 100/101).
 - Demokratie ist die Verhandlung zwischen Menschen mit unterschiedlichen Werten. Darin besteht die Rolle der Parteien: «Ein Gemeinwesen verbietet keine Parteilichkeit, aber es verlangt, dass die Loyalität gegenüber der grösseren Republik über parteipolitischen Interessen steht». (p. 101).
 - Wenn Bürger sich nicht gegenseitig als Mitglieder eines integrativen Gemeinwesens anerkennen, zerfällt die Demokratie und die Republik scheitert. (p. 101).
 - Vorrang des Gemeinwohls. Es umfasst auch ein Bestreben und Ausgreifen in die Zukunft. Das begrenzt den Handlungsspielraum der Mehrheit. (p. 101/102).
 - «Schlichter Majorismus ist eine degenerierte Form der Demokratie». (p. 104).
 - Es geht um öffentliche Güter und um das Gemeinwohl:
 - 1) Existenz von öffentlichen Gütern mit externen Effekten.
 - 2) Das Wohl der Allgemeinheit, die *salus populi*, ist das erklärte Ziel jeder Regierung.
- Das sind auch die Maximen, nach denen die meisten Leute wählen (CD: und abstimmen). (p. 106/106).

Masstab, Kommunikation und Überwachung

- Grösse der Bevölkerung der Länder ist grösser als im antiken Griechenland oder in den Renaissance-Stadtstaaten in Italien. Tocqueville nennt politische Vereinigungen «grosse, unentgeltliche Schulen der Demokratie». Demokratie ist lernbar. Z. B.: Durchführung einer Sitzung, Einschätzung von Abstimmungsverfahren. (p. 107).
- Öffentliche Tugenden sind «gute Verhaltensweisen». Sie sind angelernt, angewöhnt oder erzwungen. «Aber Demokratie verlangt auch einen stärkeren Sinn für öffentliche Tugend». (p. 109).
- Tocqueville's Gemeinschaften: Kirchen, Bruderschaften, Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, bürgerliche Organisationen, Gewerkschaften, Unternehmen, politische Parteien, Wohltätigkeitsorganisationen, soziale Bewegungen, Klubs. Sie schulen die Bürger in praktischer Demokratie und fördern die Tugendhaftigkeit. (p. 109). (CD: Die Liste wäre zu aktualisieren). (p. 110).
- Die Rolle der Zeitungen (und der sozialen Medien) ...

C. Calhoun – D. P. Gaonkar – C. Taylor, Zerfallserscheinungen der Demokratie, Berlin 2024

Zusammenfassung von:

Kap. 3, S. 146–213

C. Calhoun: Kompromisse mit dem Kapitalismus

Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg: «Zwischen Demokratie und Kapitalismus wurde eine Art Kompromiss geschmiedet» (146); konservative Parteien akzeptierten die Demokratie «und sogar» starke sozialstaatliche Institutionen, dafür von Seiten sozialdemokratischer Parteien u. Gewerkschaften keine Infragestellung «dass die Wirtschaft auf dem Privateigentum basierte». Aufbau von Staatlichen Sicherungsnetzen für die Bürger gegen Arbeitslosigkeit, Altersarmut, für Gesundheitspflege, flächendeckende Verkehrs- u. Versorgungsinfrastruktur, Zugang zu Bildung u. Kultur (147). Ergänzung durch grosse Entfaltung zivilgesellschaftlicher Organisationen, d.h. selbstorganisiertes, privates Handeln für kollektive Wohlfahrt (Kirchen, Philanthropie, Vereine etc.). Grund: Schreckenserfahrung aus 30 Jahren Krieg u. Weltkrise. Schrittmacher = New Deal u. Bürgerrechtsbewegung/USA, diese Epoche als «positiver Höhepunkt der grossen Transformation» seit den Verwerfungen der Industrialisierung im 19. Jhd. Im Westen homogener Wirtschaftsaufschwung 1950–1970, stabilisiert Lebensverhältnisse u. politische Demokratie, weniger jedoch Gleichheit u. Solidarität, daher mangelnde Vorbereitung auf Bewältigung «grundstürzender kultureller u. technologischer Veränderungen» der nachfolgenden 50 Jahre bis heute (149).

«Les trente glorieuses»¹

Nachkriegsboom 1945–1973 (1. Ölpreisschock) = «umfassende Erfahrung sozialer Verbesserungen» im Westen durch «rasantes Wachstum» u. staatliche Politik. «Wohlstands-/Überflussgesellschaft» (Galbraith²), Mittelstandsexpansion, Aufstiegs-Mobilität, Gründung UN & Menschenrechtserklärung & EWG als «starke Utopien», Optimismus eines Gleichschritts von wirtschaftlicher Modernisierung, Fortschritt, Kapitalismus u. Demokratie (153). Förderung Wohneigentum, Ausbau d. Verkehrsinfrastruktur (Mix ÖV/Strasse unterschiedlich) Aber auch: Experimente erzeugen Gegenrepression (z.B. Rockmusik), brutale Kolonialkriege (Algerien, Kongo, Vietnam u.a.), «Gleichgewicht d. Schreckens im Kalten Krieg», «Verlust Chinas», Scheitern d. friedlichen Bürgerrechtsbewegung in USA, Trennung Wohn- u. Arbeitsort, Suburbanisierung, verfestigtes Modell der normierten Kernfamilie als Ziel eines forcierten, werbegetriebenen Konsumismus, rücksichtslose Ressourcenausbeutung = Schattenseiten (im Rückblick!).

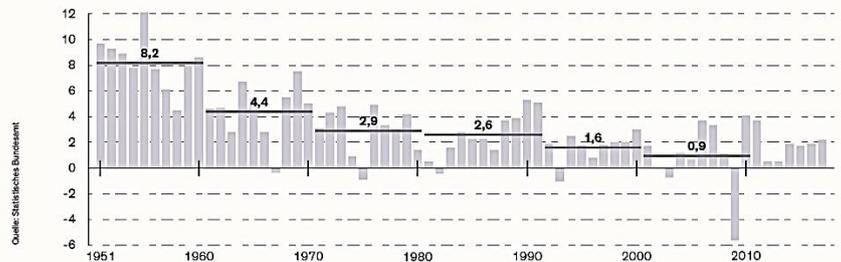
¹ Jean Fourastié, Les trente glorieuses ou la révolution invisible de 1946 à 1975, Paris 1979/2011; «Wirtschaftswunder» in BRD.

² «The Affluent Society» 1958 (rev. 4th ed. 1984) by Harvard economist John Kenneth Galbraith. The book sought to clearly outline the manner in which the post–World War II United States was becoming wealthy in the private sector but remained poor in the public sector, lacking social and physical infrastructure, and perpetuating income disparities.» https://en.wikipedia.org/wiki/The_Affluent_Society. Wichtig: statt Bedarfsdeckung permanente Generierung von Konsumnachfrage durch Werbung = inhärenter Wachstums- u. Verschwendungszwang; dagegen: Scheitern der Planwirtschaften im Osten = Mangelverwaltung, Korruption u. Kleptokratie.



BIP-Wachstum in Deutschland 1951–2017

Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr und im Durchschnitt der Jahrzehnte*



*Abweichung: Zusammenfassung der Zeiträume 1981–1991 und 1992–2000 aufgrund der deutschen Wiedervereinigung

114

Sozialdemokratie und «organisierter Kapitalismus»

In Europa «soziale Marktwirtschaft» als gemeinsames Leitbild von Wirtschaft, Parteien, Regierungen, Gewerkschaften, «grosse Zeit der Sozialdemokratie» (163). «Organisierter Kapitalismus» statt extremer Wirtschaftsliberalismus d. 19. Jhs. setzte auf stabile Beziehungen zu Arbeitnehmern, Vollbeschäftigung brachte Umsatz, Gewinn, Arbeitssicherheit, Planbarkeit, Lebens- u. Konsumkomfort, soziale Ruhe, Steuereinnahmen für (beschränkte) Transferzahlungen, öffentliche Leistungen u. förderliche Regulierungen auch im Interesse der Wirtschaft, Arbeitsverbesserungen, Partizipation am Produktivitätsfortschritt auf dem Verhandlungsweg, wachsende Chancengleichheit (oder «Gleichheitsempfinden»), wachsende «Mittelschicht».

France 1950–2010 «ordismus» = vertikal integrierte Grossunternehmen mit umfassender Versorgung der Arbeitnehmerschaft. «Die sozialdemokratischen Kompromisse erbrachten eine Mischung aus Stabilität und Wachstum, breitem Wohlstand und Fürsorge für die Bedürftigsten» (165). «Einsicht der Mächtigen, solange steigendes Allgemeinwohl nicht zulasten der Eigentümer u. Manager ging», mässige, nicht übermässige Gewinnzuwächse (169).

Drei Haken

Dennoch wachsende Proteste gegen Ende 1960er Jahre, Vertrauensverlust gegenüber Regierungen u. Wirtschaft wegen enttäuschter Erwartungen/nicht gehaltenen Versprechen. Keine Beseitigung ererbter Ungleichheiten trotz Bildungschancen, öffentliche Debatte trotz formaler Demokratie beschränkt, «Wohlstand alleine sorgt nicht für ein zufriedenes Leben» (170). Ursachen: 1) unsympathische Bürokratisierung d. Wohlfahrtsstaates, formalistische Expertokratie statt dezentrales, gemeinschaftliches Engagement³ 2) «Bereitstellungsmechanismen des Wohlfahrtsstaates» mit disziplinierender, versteckter Agenda, Menschen für Wirtschaft funktionsfähig zu gestalten (Verhaltensökonomie), Fixierung von Geschlechterrollen, «Nudging» (Anschubsen) bis Überwachung durch Big Data⁴ 3) Perpetuierung von Ungleichheiten trotz formal gerechter Systeme wegen Habitus, kulturellem, sozialen, informellem Kapital⁵. «Wenn die trente glorieuses nicht so viel Gleichheit erreicht haben, wie sie versprochen, so hat die darauffolgende neoliberale Ära die Ungleichheit radikal verschärft» (175).

Krise

³ nach Max Weber

⁴ nach Michel Foucault

⁵ nach Pierre Bourdieu

«Aktivisten» = Bürgerrechts-, Arbeiter-, Friedens-, Umwelt- (Anti-Atom-)bewegungen fordern partizipativere Demokratie. Ablehnung kapitalistische Wachstumsideale, Rebellion gegen kulturelle Konformität (68-er), Forderung nach echter Inklusion von Minderheiten, «Grenzen des Wachstums», Forderungen nach mehr Lohn, Marktsättigung, Ölpreisschock setzt Inflationsspirale in Gang. Gleichzeitig erodieren neue, arbeitssparende Technologien traditionelle Industriebranchen u. -regionen im Westen, Phänomen der Stagflation. Auflösung d. Kompromisses, totaler Richtungswechsel zu a) absolutem Primat d. Privateigentums u. Marktmechanismus b) Dominanz d. Finanzwirtschaft über die Produktionswirtschaft c) Globalisierung mit politisch-wirtschaftlicher Abhängigkeit von fossilen u.a. Rohstoff(produzenten).

Neoliberalismus

wird zur allumfassenden Wirtschaftsideologie⁶, politisch durchexerziert in Pinochet's Chile 1973, ab den 1980ern in M. Thatchers GB u. R. Reagans USA. «Grundsätzliches Bekenntnis zum Privateigentum u. zu einem Minimalstaat», der «in die Knechtschaft» führe (Schreckbild Nationalsozialismus, alles Marxistisch-sozialistische) (180). Der Markt bringe immer die gerechtesten, freiheitlichen Resultate, darum Privatisierung möglichst aller Staatsfunktionen, globaler Freihandel u. Maximierung der Individuellen Freiheit als Ziel = «Marktfundamentalismus». «Homo oeconomicus» entscheidet nutzenmaximierend = rational = richtig. «Rendite von Vermögenswerten wichtiger als Entlohnung von Arbeit», Gewerkschaften u. Sozialpolitik als Hemmnis, Marktversagen wird mit Deregulierung gelöst, staatliche Interventionen sind zurückzudrängen (181-3).

Unternehmen

= neoliberal definiert als vertraglich strukturiertes Eigentum, d.h. Negierung d. Legitimierung durch staatliches Recht, welches u.a. Haftungsbeschränkung d. Investoren garantiert. Einzige Aufgabe: Gewinnmaximierung zugunsten d. Shareholder/Aktionäre, dabei keine Rücksichtnahme auf andere Anspruchsgruppen aus Betrieb, Gesellschaft u. Umwelt. Ungleichheit gut für die Motivation, Armutslinderung höchstens als mitleidige Almosen, keine Staatshilfen bei De-Industrialisierung. «Jedem dasjenige, was er und die in seinem Besitz befindlichen Mittel erwirtschaften» (187). Alternativ gemäss WEF Davos: Wirtschaftliche u. moralische Klugheit verlangt Berücksichtigung weiterer Stakeholder, von Sponsoring bis zum Klimaschutz. Wichtiger als selbstdeklarierte Wohltaten ist jedoch «die Art u. Weise, wie Unternehmen Geschäfte machen», z.B. Outsourcing, transnationale Gesetzes- u. Steuerflucht, extreme Kurzfristigkeit unter d. Druck d. Finanzmärkte, monopolistisches Verhalten (189). Aber: Unternehmen sind Machtfaktoren. Die «Förderung d. sozialen Voraussetzungen für Demokratie soll Sache d. Staates, nicht d. Unternehmen sein» (190). 50 Jahre neoliberale Deregulierung haben gebracht: 1) extrem schiefe Gewinn- u. Vermögensverteilung 2) hohe Volatilität der Wirtschaft u. Lebensverhältnisse 3) massive negative externe Effekte u. deren Sozialisierung od. Ignorierung (192).

Externe Effekte

⁶ ab 1938 geprägt von a) Friedrich Hayek, Ludwig von Mises b) ab den 1950ern popularisiert u.v.a. von Milton Friedman, «einer der intellektuellen Anführer der Chicago School of Economics, einer neoklassischen ökonomischen Schule, die den Keynesianismus zugunsten des Monetarismus ablehnte» https://de.wikipedia.org/wiki/Milton_Friedman

Neoliberale lehnen kompensatorische Staatstätigkeit ab, entwerten d. Gemeinschaft u. soziale Beziehungen durch Fokussierung auf Eigentumsrechte, «Gemeinwohl = maximale Freiheit in Verbindung mit maximaler Wertschätzung d. Kapitals» (193). Forcierte Globalisierung erodiert die Rolle der Staatsbürger/Citoyens als Solidaritätsverbund mit eigenen Zielen. Aber: Beanspruchung d. Staates zur Durchsetzung d. interessierenden Eigentumsrechte u. zur Reparatur ihrer Externalitäten (195).

Finanzialisierung

Krise u. Stagflation d. 1970er wird mit Finanzmarktderegulierung bekämpft = Aufschwung d. «Handels mit Schulden», Vorherrschaft d. Finanzwesens, Kurzfristorientierung. «Desorganisierter Kapitalismus» löst Interessen d. Investoren von Realwirtschaft, Bürger-Interessen u. Demokratie ab. Konzentration auf wenige globale Finanzinstitute, immer höhere Risiken, intransparentes «Finanz-Engineering», «Kultur der Exzesse», Riesenpleiten u. Finanzkriminalität. «Das Finanzwesen hat die Weltwirtschaft von 2008 bis 2011 in eine tiefe Katastrophe geführt». Beschleunigung d. globalen Industrieverlagerungen, Hauptnutznießer sind Ost- u. Südostasien (199). Investitionen in High-Tech-Firmen kompensieren den Arbeitsplatzverlust nicht oder durch schlecht bezahlte Dienstleistungsjobs (z.B. Logistik), daneben Boom in Exklusivbereichen (Informatik, Luxusbedarf), d.h. Dualisierung d. Arbeitsmarktes u. d. Lebensleitbilder. Geld = Macht, extreme Vermögenskonzentration konkurrenziert demokratisch gewählte Regierungen, was Bürgervertrauen u. Solidarität untergräbt, Spaltung der Mittelschicht in Elite-fähige u. Abstiegsbedrohte (203). «Global verfügt das reichste 1% über 50% d. weltweiten Vermögens» (204), diese weichen systematisch einer fairen Besteuerung aus.

(210-2) Entmächtigung d. Bürger nicht nur durch Medien u. Macht des Geldes in d. Politik, sondern auch durch Desintegration lokaler Gemeinschaften u. gesellschaftlicher Institutionen infolge De-Industrialisierung, ungezügelmten Kapitalismus u. finanzgetriebener Globalisierung. «Hyperpolarisierung» u. Zerrüttung d. Parteien als Symptom u. Reaktion auf d. rasanten kulturellen Wandel, Spaltungen d. Gesellschaft u. blockierte soziale Mobilität.

Aber: «Die Demokratie lässt sich wieder ausbauen ... indem ihre gesellschaftlichen Grundlagen erneuert werden» – nach dem Vorbild von 1945–1979, unperfekt-unvollständig als Prozess, oft im Widerspruch zur herrschenden Politik, gestützt auf zivilgesellschaftliche Institutionen (Kirchen, Gewerkschaften, Universitäten), die Demokratie im telischen Sinn betrieben, d.h. nicht nur regelbasiert, sondern auf Ideale abzielend: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Volkssouveränität, Gemeinwohl, u. ohne grundlegende Veränderungen d. politischen Ökonomie.

ROI 21.3.2024

WRB März 2024: Demokratie

Zerfallserscheinungen der Demokratie, Kap. 5: Machen wir den *demos* sicher für die Demokratie? von D. P. Gaonkar
Zusammenfassung

Demokratien haben gute und schlechte Tage, sie entstehen, steigen auf und zerfallen wieder. Neu scheint jedoch – im Vergleich zur Antike – dass moderne Demokratien zwar schwächer werden können, aber doch nie ganz absterben.

Die Idee des souveränen *demos* [altgriechisch für «Volk»] lässt sich, einmal gepflanzt, nicht mehr vollständig aus der politischen Vorstellungswelt vertilgen.

Demokratien sind nie perfekt. Auch nach demokratischen Umgestaltungen dominieren häufig die Eliten weiterhin. Die Spannung zwischen Eliten und «Massen» verschwindet nie ganz.

Nach der dritten Welle

Gemäss dem amerik. Politikwissenschaftler Huntington kommt und geht die Demokratie in Wellen. Demnach befänden wir uns heute in der dritten Gegenwelle. Aufstieg waren die neuen Demokratien 1974 in Portugal, Spanien, Griechenland und nach dem Mauerfall die Oststaaten. Nun ist die Demokratie wieder in der Defensive. Allerdings sterben die Demokratien nicht mehr so eindeutig wie 1973 in Chile, sie siechen dahin.

Das Aufkommen der hässlichen Demokratie

In den 1990er-Jahren riefen Gorbatschow und George W. Bush eine neue Weltordnung aus, in der die Demokratie die einzig legitime Regierungsform sei. Die liberale Demokratie und die freie Marktwirtschaft hatten über Faschismus und Kommunismus gesiegt. Das Ende der Geschichte schien erreicht. Gaonkar unterscheidet zwischen guten und hässlichen Demokratien. In den guten Demokratien gibt es verfassungsmässig garantierte individuelle Rechte, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechte, Zivilgesellschaft, funktionierende Parteien, friedlicher Machtwechsel durch freie und faire Wahlen.

Hässliche Demokratien werden von innen her untergraben. Sie haben sehr unterschiedliche Ausprägungen (Ungarn, Türkei, Russland, Venezuela, Indien, etc.).

Hässliche Demokratien kommen durch Wahlen zustande. Die Wahl ist ein Mittel, die Macht an sich zu reißen durch entsprechende Mobilisierung, Rhetorik und Logistik. Die Wahlsieger behalten die Macht, indem sie demokratische Institutionen untergraben (z.B. via Verfassungsnormen, inst. Leitplanken). Das Ergebnis ist eine autoritäre Regierungsform mit demokratischer Fassade. Diese Autokraten konsolidieren ihre Macht, indem sie die demokratische Kultur aushöhlen (Ausschaltung der Opposition, Einschüchterung der Medien, Kontrolle von Justiz und Universitäten).

Furcht vor Wahlen

Der Autor stellt fest, dass die Liberalen Angst haben vor Massendemokratie und Wahlen. Dies steht in Widerspruch zur bisherigen Demokratieforschung, in der offene, freie und faire Wahlen der Wesenskern der Demokratie sind (selbst wenn sie unfähige und korrupte Regierungen hervorbringen). Allerdings scheint es, dass die Demokratietheoretiker froh sind, dass nicht allzu viele das allgemeine Wahlrecht nutzen. Es wird befürchtet, dass eine massenhafte Beteiligung der unteren Wirtschaftsgruppen eher zur Wahl von autoritären Persönlichkeiten führt.

Die Ursprünge der liberalen Angst

Die Sorge angesichts der kollektiven Handlungsmacht des Volkes ist nicht neu. Schon in der Antike wehrten sich Philosophen wie Platon gegen die politische Gleichheit, bzw. die gleichberechtigte politische Beteiligung. Nicht alle seien gleichermassen befähigt in der Kunst der Politik. Das Gegenargument dieser aristokratischen Kritik ist die Annahme, dass Politik, Gerechtigkeit und Ehrfurcht gelernt und durch Bildung gestärkt werden kann. Zudem ist die politische Legitimität für die Regierenden unverzichtbar und kann nur durch das Einbinden des *demos* und das gleiche Wahlrecht erreicht werden. Platon kritisiert die politische Fähigkeit eines demokratischen Kollektivs. Jede Versammlung wird gefährlich, da sich die Unzulänglichkeiten der einzelnen Bürger vermengen. Die Versammlung, der

demos, wird zu einem grossen, wilden Tier, das schwierig zu lenken ist. Diese Angst gibt es noch immer. Gemäss Aristoteles kann der demos kontrolliert und gezügelt werden durch eine «gemischte Verfassungsregierung». Dabei haben Arme und Reiche in gleichem Mass an der Regierung Anteil, kein Teil regiert über den anderen. Später spricht man in diesem Zusammenhang von gezähmtem Klassenkampf, Gewaltenteilung, Minderheitenrechte. Aber die «gemischte Verfassung» wie auch das repräsentative System ist ein elitäres Demokratiemodell, das der Volkssouveränität nicht gerecht wird.

Die Zähmung des Demos: Ein Eliteprojekt in Schieflage

In der Neuzeit mussten sich moderne Demokratien zunehmend mit der Forderung nach politischer Gleichheit befassen. Nicht-Eliten erhielten nach und nach das allgemeine Wahlrecht, das nicht mehr an Bildung, Besitz, Rasse und Geschlecht gebunden war. Stets war aber bei den Eliten die Angst da vor Missbrauch und demagogischer Manipulation durch die Gewährung der gleichen politischen Rechte. Nach den Revolutionen Ende des 18. Jahrhunderts und der Akzeptanz der *Volkssouveränität* wurde es noch schwieriger, den demos zu kontrollieren. Es stellte sich die Frage: *wer ist das Volk?* Bei Aristoteles war der demos die Armen. Im 20. Jahrhundert sind im Westen zwei Entwicklungen auszumachen: Streben nach Wohlstand und Streben nach identitärer Anerkennung. Die Idee des Volks kommt in der Politik der «Umverteilung» wie auch der «Anerkennung» zum Ausdruck. Teile des Volkes nehmen für sich in Anspruch für das Ganze zu sprechen.

Dann gibt es noch die Vorstellung eines nationalen Volkes. «Das ganze Volk» innerhalb eines nationalen Rahmens löscht Klassenunterschiede und Schichten aus. Diese Einheit in der Differenz kann positiv erlebt werden, z.B. in antikolonialen Befreiungskämpfen. Aber das «nationale Volk» hat auch eine dunkle Seite, wenn es sich gegen innen richtet, gegen Zuwanderer, Flüchtlinge, nicht richtig Einheimische.

Das Eliteprojekt der Zähmung des «Volkes», des demokratischen Subjektes, wird immer schwieriger. Ziel ist dabei der Schutz des Privateigentums, Schutz der Rechte des Einzelnen und dazu eine Kontrolle durch die Regierenden und eine Kontrolle von Ideologie und Kultur.

Der Autor nennt zwei Strategien der Zähmung:

Das Volk wird aufgeteilt in einzelne rechttragende Individuen («Besitzindividualismus»). Dies obwohl diese Rechte durch kollektive Kämpfe erreicht wurden.

Eine andere (konstitutionell-institutionelle) Strategie ist der Aufbau von gegen-majoritären Institutionen wie Gerichte, Kirche, freie Presse, Universitäten, Vereine. Die Bilanz, dass diese Institutionen den Willen der Mehrheit bremsen können ist allerdings bescheiden (z.B. bei Ungerechtigkeiten gegenüber Minderheiten).

Den Demos sicher machen für die Demokratie

Nach John Adams waren es nicht die Herrschaft von Männern, sondern die Herrschaft von Gesetzen und Institutionen, welche die Schutzwälle der Demokratie sicherten. Nun da Demokratien in Postkolonien scheitern, da hässliche Demokratien verfassungsmässige und institutionelle Schutzmechanismen untergraben und auch im Hinblick auf Donald Trump wechselt der Fokus der zeitgenössischen Liberalen: Die Institutionen reichen nicht mehr. Die Verfassung muss verteidigt werden durch Parteien, Bürger demokratische Normen. Was sind solche Normen?

Dies scheint ein Projekt zu sein, einen bestimmten Typus von politischem Subjekt ins Leben zu rufen: Ein Bürger, der gleichzeitig Herrscher und Beherrscher ist, der liberale Normen verinnerlicht hat. Stehen wir da nicht wieder am Anfang und fordern die Herrschaft von Männern und Frauen? Angesichts, dass autoritäre Regimes durch allgemeines Wahlrecht «ordnungsgemäss» gewählt werden, scheint diese Forderung nicht sehr glaubwürdig und angemessen.

Jedes emanzipatorische Projekt in der Demokratie müsste den Nichtwähler («schlafender Riese»), aufwecken, mobilisieren, zum Wählen und zum Engagement auffordern. Fast alle Mehrheitsregierungen kamen an die Macht ohne je mehr als 50% aller Wahlberechtigten zu erreichen. Eine zu hohe Wahlbeteiligung ist gar nicht so erwünscht und wird als eher gefährlich betrachtet. Wir erleben eine Kultur der Desavouierung und Vermeidung demokratischer Politik. Hauptursache dafür ist das Gefühl des Verlustes der Wirkmacht, das bei vielen Bürgern vorherrscht.

c/o SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1
4500 Solothurn
www.wrb-so.ch



Die Wirkmacht der Bürger muss wieder hergestellt und gestärkt werden, durch Engagement und Partizipation.

Es ist an der Zeit, so Gaonkar, das erschöpfte Projekt der Zähmung des demos aufzugeben.

Georg Hasenfratz / 21.3.24

Craig Calhoun/Dilip Parameshwar Gaonkar/Charles Taylor Zerfallerscheinungen der Demokratie, Berlin 2024

Einleitung

«Die Zukunft der Demokratie scheint immer düsterer zu werden. Wir wollen dem entgegenhalten, dass sich die Demokratie erneuern lässt, dass sie florieren kann, dass sie inklusiver, egalitärer und mir mehr Macht ausgestattet werden kann. Wir müssen allerdings einräumen, dass dies eine Umkehr der Entwicklungen bedeuten würde, die wir um uns beobachten.»

Die Demokratie ist weltweit unter Druck geraten. In diesem Werk Konzentration auf Zerfallerscheinungen in Ländern, die lange Zeit als starke Demokratien galten – und nicht auf schwierige und gestoppte Übergänge zur Demokratie. Betonung auf langfristige Zerfallerscheinungen von innen heraus. Die Rettung der Demokratie erfordert nicht nur technische und prozessuale Reformen, sondern in erster Linie die Grundlagen erneuern: republikanische Verfassungen und Normen der Bürgertugenden einerseits und Schaffung der sozialen Voraussetzungen für eine wirkmächtige Bürgerschaft.

Dimensionen des Zerfalls

Drei Dimensionen des Zerfalls

- Entmächtigung der Bürger: Verlust der sozialen Voraussetzungen für gemeinsames Handeln, extreme wirtschaftliche und politische Ungleichheit.
- Scheitern der Inklusion: Wahlunterdrückung, informelle Einbeziehung wird vernachlässigt
- Hyperparteiisches und majoritäres Streben nach politischen Siegen auf Kosten einer gemeinsamen Zukunft: Parteilichkeit wird nicht mehr der Sorge um das Gemeinwohl untergeordnet, widerspiegelt gesellschaftliche Spaltungen, grundlegend unterschiedliche Auffassungen von Öffentlichkeit und Gemeinwohl, Motivation nicht ideologisch, sondern emotional.

Überrumpelt

Jahrelang wurde davon ausgegangen, dass die liberale Demokratie die Zukunft der Menschheit darstellt. Gestützt wurde diese Annahme durch die drei grossen Demokratisierungswellen (nach dem 1. Und dem 2. Weltkrieg, nach 1989), dies trotz grosser Hindernisse (Weltwirtschaftskrise, Kriege, Entkolonialisierung).

Demokratie weckt Erwartungen, die sie selber nicht erfüllen kann. Die Grenzen der Demokratie ergeben sich aus gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen, welche die Demokratie nicht gänzlich kontrollieren kann.

Seit den 70er-Jahren ist eine neue grosse Transformation im Gange: Finanzialisierung, Globalisierung, Krisen, Sparpolitik.

Die Herausforderungen werden aus zwei Perspektiven beleuchtet: Vereinigte Staaten und Indien.

Die Grenzen des Liberalismus

Eliten haben in den letzten 50 Jahren zwei unterschiedliche liberale Agenden verfolgt:

- Klassischer Liberalismus/Neoliberalismus basierend auf dem Besitzindividualismus

- Expressiver Liberalismus

Beiden gemeinsam ist ihr Kosmopolitismus und die Begrüssung des technischen Wandels, nicht aber das Entstehen für Gemeinschaft.

In diesem Kontext konnte der Rechtspopulismus aufblühen.

Beispiel Corona-Pandemie: «Die Demokratien sind bei der Bewältigung der Pandemie weniger deshalb gescheitert, weil es ihren Regierungen an Ressourcen, Macht oder politischen Fähigkeiten mangelte, sondern weil es ihnen an sozialem Zusammenhalt und Verpflichtung auf das Gemeinwohl fehlte.»

Ursachen des Zerfalls

Die Zerfallserscheinungen spiegeln die Erosion der sozialen Grundlagen der Demokratie wider. Diesen soll mit energischen Massnahmen begegnet werden. Wichtig ist, die Demokratie als Projekt zu betrachten um eine stärkere Demokratie und eine bessere Zukunft zu schaffen.